

Rheinsberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

Bezugs-Preis

in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich
Carl Thurmman



Druck und Verlag
C. Thurmman Buchdruckerei
Rheinsberg

Anzeigen

für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 5 spaltenweite Zeitspalte oder deren Raum berechnet und bis donnerstags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten

Nr. 115

Fernsprecher

Sonnabend, den 29. September 1928.

Nummer 37

34. Jahrgang

— Berlin, den 28. September 1928.

Chronik des Tages.

Das Reichskabinett hält am Montag eine neue Sitzung zur Besprechung der Räumungs- und der Reparationsfrage ab.
Die deutsche Delegation für die Herbsttagung des Völkerverbundes traf am Freitag wieder in Berlin ein.
„Graf Reppel“ unternimmt am heutigen Freitag seine vierte Fahrt.
Die amerikanische Note an England und Frankreich ist den amerikanischen Botschaftern in London und Paris zur Weitergabe zugeteilt worden.
Die Arbeiter der deutschen Schiffbauwerke treten auf Beschluß der Gewerkschaften in den Streik.
Bei der Vernehmung der von der Reichswehr an die Strafanstalt Sonnenburg verurteilten Ausgetretenen der Truppenteile haben sich Unregelmäßigkeiten ergeben.
Die letzten Besatzungsmächte haben jetzt die Trümmerstätte des Madriber Theaters verlassen. Die Aufräumungsarbeiten dauern an.
Durch Explosion eines Munitionslagers in Mexiko, dem Hauptstützpunkt Spaniens in Mexiko, wurden 37 Personen getötet und 215 verletzt.

Die Anleihefälschungen.

Die gerichtlichen Erhebungen über die Betrugsversuche mit Kriegsanleihe, die mit der Beschaffung von Hugo Sinnes zur einseitigen Verwendung nahmen, haben in den letzten Tagen das Dunkel, das diesen Skandal bisher umgab, merklich gelichtet. Man erkennt den Umfang der Betrügereien, den Kreis der daran beteiligten Personen und erhält tiefe Einblicke in die Werkstatt der Fälscher.

Der Umfang der Betrüge ist weit größer, als anfangs befürchtet zu werden brauchte. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß nicht sämtliche 20 Milliarden Kriegsanleihe, die über die erwarteten 20 Milliarden hinaus als Mittelbesitz angemeldet wurden, Neubeisitzfälle sind, die unter Zuhilfenahme von Urkundenfälschungen als Mittelbesitz zur Einlösung präsentiert wurden. Die Wachsamkeit der zuständigen Stellen hat die Brandstiftung des Reiches noch rechtzeitig verhindert. Wäre sie gescheitert, dann hätten die Fälscher einen riesigen Gewinn einstreifen können, indem das Reich ihren für billiges Geld von den Inflationsopfern erworbenen Neubeisitz statt mit 2½ mit 12½ Prozent hätte aufwerten müssen.

Selbstverständlich stellt die ganze Aufwertung ein wenig erhebendes Schauspiel dar. Durch die Belastung des Reiches hat die sparsame Bevölkerung, die in der Hoffunde des Vaterlandes ihr Geld willig zur Verfügung stellte, nach der Inflation nur einen „Aufwertungs“betrag erhalten können, der noch nicht einmal die erlittenen Verluste aufwiegt. Umso empfindbarer wirken die Projekte der Fälscher, die die Anleiheverpflichtung, die dem ehrlichen Sparer so viel schmerzhaft geliebt ist, zu einer Quelle machen wollten, aus der mit unsauberen Händen Reichsdollare geschöpft werden sollten.

Nicht genug mit den „großzügigen“ Fälschungen der Kriegsanleihe, scheinen die Betrüger die gleichen Methoden auch mit westdeutschen Staatsanleihen und mit deutschen Länderanleihen vollziehen zu haben. In dieser Hinsicht scheint der holländische Bankier van den Boven, der am 28. September in Berlin eintraf, besonders rasch am Werke gewesen zu sein. Bedauerlicherweise erkrankt er sich heute noch der Freiheit, weil er außerhalb der deutschen Grenzen zunächst dem Zugriff des Staatsamts entzogen ist.

Die von den Fälschern angewandten Methoden sprechen von Verlist und Raffinerie. Um den Anmeldebehörden ein harmloses Aussehen zu geben, scheint man im Ausland eigens Bankkonten geründet zu haben. Nach den letzten Ermittlungen kann man aber mit Bestimmtheit annehmen, daß die Fälscher von dem von der Reichsbank in einem Geheimreferat aufbewahren Nummerverzeichnis der Kriegsanleihe Kenntnis hatten, die ohne weiteres als Mittelbesitz anerkannt werden konnten. Wie das möglich war, bedarf noch der Aufklärung.

Mit der Anmeldung oder Anerkennung der gefälschten Mittelbesitz waren die Betrüger natürlich noch nicht im Besitz des Geldes. Um die Prüfungssatzung — in der die Dinge aus nicht kommen konnten — abzulösen, und um ferner statt der Ablösungsschuldverschreibungen bares Geld zu erhalten, hat der in beschränktem Maße der Großhändler Bela Groß den Weg über die Politik genommen. Er „beehrte“ das Ministerium für die besetzten Gebiete mit seinem Besuch, spielte sich als Deutschfreund auf und erklärte, wenn man ihm seine Kriegsanleihe rasch auszahle, wolle er das Geld zur Sanierung notleidender deutscher Firmen im Burgenland verwenden, also zur Stärkung des Deutschtums im Ausland.

Wie Bela Groß um das Deutschtum im Ausland, so wollte sich ein anderer Großhändler, der holländische Siebman, um die deutsche Wirtschaft „verdienen“. Im Dezember 1926 — also

nach Ablauf der Anmeldefrist — erbat Siebman, postwendend auf eine lange Liste Kriegsanleihebesitzer, vom Ministerium für die besetzten Gebiete eine Empfehlung an das Reichswirtschaftsministerium. Er erklärte, seine Geschäftsführer schuldener holländischer Firma Verträge, die sie in Kriegsanleihe zurückzahlen könnten. Da die holländische Firma aber die Zuführung der Zinsen und Zinsenverträge habe, habe er vereinbart, daß er für die geschuldeten Zinsen und Baumaterialien liefern könne. Und nun richte Siebman mit einem „gentelen“ Plan heraus. Er erklärte sich bereit, die benötigten Materialien von deutschen Firmen zu beziehen, wenn man ihm seine Kriegsanleihe rasch auszahle. Zunächst hatte die Sache einen Haken, weil eben die Anmeldefrist abgelaufen war. Rasch darauf richte Siebman mit amtlichen Bescheinigungen heran, nach denen die Anmeldefrist nur deshalb verpaßt worden ist, weil sein Geschäftsführer schwer erkrankt war und alle Arbeit liegen gelassen sei. Nun hatte Siebman gewonnenes Spiel, schon fand die Auszahlung des Geldes in Aussicht, da hatte man irgendwo aber doch Verdacht geschöpft; der Betrag war gestoppt.

Wie amtlich berichtet wird, wird die Untersuchung des Kriegsanleihefälschungsbandes streng durchgeführt, und zwar ohne Ansehen der Person. Im übrigen ist man mit amtlichen Erklärungen sparsam, um nicht durch zu früh erteilte Auskünfte das Ziel der Untersuchung zu gefährden. Die Öffentlichkeit wünscht den Behörden einen vollen Erfolg, möge es gelingen, alle Glieder dieses internationalen Schwindbörjens dingfest zu machen.

Ranzlervortrag bei Hindenburg.

Berichterstattung über Genf. — Admiral Zenter meldet sich ab. — Hindenburg empfängt Radolny.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing nach seiner Rückkehr nach Berlin Reichskanzler Müller und nahm einen längeren Vortrag des Reichskanzlers entgegen. Wie verlautet, hat der Reichspräsident dem Reichspräsidenten über die Verhandlungen in Genf Bericht erstattet. Im Hinblick auf den Besuch des Kanzlers empfangt der Reichspräsident den gegenwärtig in Deutschland weilenden Botschafter in Angola, Radolny, ferner den bisherigen Chef der Marineleitung, Admiral Zenter, zur Abmeldung.

Der Besuch des Botschafters Radolny beim Reichspräsidenten und der Umstand, daß der Botschafter auch vom Kanzler empfangen wurde, werden in politischen Kreisen der Reichshauptstadt mit der Frage der Neubehaltung des Moskauer Botschafters in Verbindung gebracht. Man hält es jetzt für wahrscheinlich, daß über die Neubehaltung binnen sehr kurzer Zeit entschieden werden wird. Radolny gilt im Augenblick als erster Anwärter für die Nachfolgerschaft des Grafen von Brockdorff-Rungau.

Neuer Kabinettsrat einberufen.

Zur Erörterung der Räumungs- und der Reparationsfrage. — Am Dienstag Vändertkonferenz über Genf.

Für Montag nachmittag 4 Uhr ist eine Kabinettsitzung einberufen, an der sämtliche in Berlin anwesenden Minister, Staatssekretär v. Schubert und Direktor Genz, sowie Direktor Köpfe vom Auswärtigen Amt teilnehmen werden. In dieser Sitzung werden die Genfer Verhandlungen besprochen werden. Gleichzeitig wird man über die weiteren diplomatischen Schritte beraten, die in der Frage der „Bestellungsminister“ und der Ueberprüfung der Reparationsfrage zu tun sind.

Anschließend an die Kabinettsitzung werden sich am Dienstag die Minister- und Staatspräsidenten der Länder in Berlin versammeln, um dem von Bayern geäußerten Wunsch entsprechend, sich persönlich über Genf informieren zu lassen. Am Mittwoch wird der Auswärtige Ansehungs des Reichstags unter Vorsitz des Abgeordneten Scheidemann sich ebenfalls mit den Genfer Verhandlungen beschäftigen. In dieser Sitzung, die vertraulichen Charakter trägt, wird von der Delegation ein eingehender Bericht erstattet werden.

Rückkehr der deutschen Delegation.

Keine Fahrunterbrechung in Baden-Baden. — Der Einbruch der letzten Nachtigung.

Die deutsche Delegation für die Herbsttagung des Völkerverbundes hat am Donnerstag Genf verlassen und ist am heutigen Freitag wieder in Berlin eingetroffen. Die Absicht, die Fahrt in Baden-Baden zu unterbrechen, um mit dem dort zur Jahr weisenden Reichsausschussesminister Dr. Stresemann Fühlung zu nehmen, wurde fallen gelassen.

Es liegt auf der Hand, daß die deutsche Delegation keinen guten Eindruck von Genf mitbringt. Abgesehen von dem mageren Ergebnis der neunten Völkerverbänderversammlung stand die letzte Sitzung des Rates noch unter einem besonders ungünstigen Stern. Bei der Beratung der

Beschwerde des Deutschen Volksbundes in Kattowich wegen der Schließung von 16 deutschen Schulen durch die polnischen Behörden, legte der polnische Delegierte Sotal nämlich ein Verbot an den Tag, das an Ungezogenheit und Gefährlichkeit seinesgleichen sucht! Als der kanadische Vertreter Dandurand den Polen belehrte, es wäre unerhört grausam, wenn man Kinder aus ihrer gewohnten Schule herausreißt und darauf bezweckt, daß man in Kanada schon auf den Wunsch von zehn Eltern Winderstehenschulen errichtet, geriet der Pole vollends aus dem Häuschen. Er sprach von „künstlich konstruieren“ Eingaben des Volksbundes, lehnte eine deutsche Einmischung höflich ab und gab schließlich den erstaunlichen Satz zum besten, es sei Sache der Polen, was sie mit den österröschischen Kindern machen! Der deutsche Vertreter, Staatssekretär v. Schubert, verzichtete darauf, den Polen auf seine ungeschicklichen Verhärtenungen auch nur eines Wortes zu würdigen.

Die Entscheidung über die Schulbeschwerde wurde vom Rat auf die Dezemberkommision verlagert. Bis dahin soll der Präsident der Kommission für Dörschleien Calonder, sich mit der Beschwerde befassen, ferner soll eine Kommission Erhebungen anstellen.

Justizprobleme in Preußen.

Presseempfang im Justizministerium. — Verlängerung der Referendarzeit?

Der preußische Justizminister Dr. Schmidt beantragte in seinem Ministerium einen Presseempfang, bei dem die gegenwärtig im Vordergrund stehenden Fragen der Justiz behandelt wurden. Hinsichtlich des Strafbollzugs teilte der Minister mit, daß auf diesem Gebiet erhebliche Verbesserungen zu bezwecken sind. In der Frage der Strafarten bekannte sich der Minister erneut als Gegner der Todesstrafe.

Bei der Besprechung der sogenannten Feme-Prozesse äußerte Minister Dr. Schmidt, er habe es für ausstichlos, das preußische Kabinett zu einem neuen Gnadenbeweis für Schulz zu bewegen. Die Anwesenheit in Preußen bis zum 1. September in insgesamt 2856 Fällen zur Anwendung gekommen. Anerkennung verdienen die Leistungen des Ministers über die Frage der Gerichtsberichterstattung in Wort und Bild, die dahin gingen, daß eine solche Berichterstattung, sofern sie nicht den Gang der Verhandlungen beeinträchtigt, unbedingt gewährleistet werden müsse. Die

Übernahme der Justiz auf das Reich

so meinte der Minister, werde sicherlich den Bedürfnissen der kleineren Staaten entgegenkommen. Wenn die Frage offiziell angeschnitten werde, müsse Preußen einige sachliche Bedenken geltend machen.

Eine Verlängerung der eigentlichen Referendarzeit von drei auf vier Jahre bezeichnete der Minister als sozial nicht tragbar. Es sei jedoch unmöglich, die Referendare in den Großstädten zusammenzufassen. Es sei zu erwägen, ob man die Referendare nicht ein halbes Jahr in der Verwaltung, z. B. bei den Landräten, verwenden und für diese Zeit eine gewisse Bezahlung gewähren könne. Der Antrag zu dem Justizreferat sei bedeutend groß. Am 1. August 1926 habe es in Preußen 4699 Referendare gegeben, am 1. August 1928 6012. Die Zahl der Rechtsstudierenden betrug im Jahre 1927 im Reich 20518 gegen 10 000 im Jahre 1910.

Im Zeichen der Lohnbewegungen.

Streik auf den Schiffbauwerken. Nachdem der von dem Hamburger Schlichter gefällte Schiedsspruch für die deutschen Schiffbauwerke von den Parteien abgelehnt worden ist und die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ebenfalls ergebnislos verlaufen sind, haben die Gewerkschaften in einem Anruf an die Arbeitnehmer die Aufnahme des Streiks für den ersten Oktober bekannt gegeben.

Der Arbeitgeberverband der Vereinigten Metallindustrie im Münden-Glabacher und Heßdörfer Bezirk hat sich mit dem bisher selbständigen Bezirksverband von Bieren, Dülfen, Siedeln, Remden und Umgebung vereinigt. Gleichzeitig ist die zum 1. Oktober im Münden-Glabacher-Heßdörfer Bezirk angeforderte Ausperrung auch auf die Arbeiterhöfe des Biersener Bezirks ausgedehnt worden. Dadurch erhöht sich die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, die von der Ausperrung betroffen werden, von 40 000 auf 45 000 Personen.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

sind die beiden Parteien übereingekommen, daß der Manteltarif und die Arbeitszeitregelung erstmalig zum 30. September 1930 geändert werden können. Der Lohnschiedsspruch ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden und gilt bis zum 1. Dezember 1929.